

Geheimer als Papstwahl

RN 06.11.13

Forensik: Rat kritisiert undurchsichtiges Verfahren und bleibt mit Fragen zurück

HALTERN. Bürgermeister Bodo Klimpel war mit dem Verlauf der Ratssitzung ebenso wenig zufrieden wie viele andere Politiker: „Ich habe inhaltlich mehr zu der entscheidenden Frage erwartet, warum ausschließlich Haltern im Fokus der Landesregierung stand.“

Kai Surholt (FDP) nannte das sogar eine Frechheit. Es sei nicht gerecht, zwischen Haltern (AV 9) und Haltern (Zechen 1/2) zu wählen. Als Hauptverantwortlichen des Ärgers nannte er den Eigentümer, die Ruhrkohle AG: „Das Bergwerk hat nach der intensiven Kohleförderung und den dadurch verursachten Schäden eine hohe Verantwortung den Halternern gegenüber.“

Surholts Bitte an die RAG lautet deshalb, den Fehler wieder gut zu machen.

Acht der 17 geprüften Standorte befinden sich im Besitz der RAG. Das Land fragte anfangs das Bergwerksunternehmen konkret nach der Verfügbarkeit von AV 9 an. Haltern 1/2 war 2012 nicht im Angebot, weil

das Areal als bauuntauglich gilt und in Abstimmung mit dem Regionalverband Ruhr eigentlich der Natur zurückgegeben werden soll.

Das Schachtgelände wurde dann aber nachträglich als Alternative benannt. „Auf einmal gibt es grünes Licht, wie kommt es zu dieser Meinungsänderung?“, wollte Manfred Ernst (CDU) wissen. Auch Maaike Thomas (Grüne) sah hier einen großen Widerspruch.

Bislang hat das Land weder Verhandlungen über den Kaufpreis geführt noch Verträge mit der RAG geschlossen.

»Das Bergwerk hat nach der intensiven Kohleförderung und den dadurch verursachten Schäden eine hohe Verantwortung den Halternern gegenüber.«

Kai Surholt, Ratsmitglied der FDP

Für Falk Schnabel, Gruppenleiter für Maßregelvollzug, gilt der Standort allerdings als sicher. Es seien ausreichend Gespräche geführt worden.

Der RVR verzichtete zugunsten des öffentlichen Interesses auf die Rückübertragungsverpflichtung, sprich Wieder-Aufforstung. „Bei einem Rückzieher müssten wir auf AV 9 zurückgreifen.“

Warum überhaupt nur Haltern als geeigneter Ort für eine Forensik in Frage kommt, erfuhren die Politikern nicht.



Blick auf die LWL-Maßregelvollzugsklinik Herne. Uwe Dönisch-Seidel lud ein, sich die Einrichtung anzusehen und warb für die Mitarbeit im künftigen Planungsbeirat Haltern.

RN-Foto Steffe

„Gegenüber der Vorgehensweise der Ministerin ist die Papstwahl eine öffentliche Veranstaltung“, spitzte Franz Schrief (CDU) zu. Bei der Suche nach fünf neuen Forensikstandorten habe es sich um einen innerbehördlichen Entscheidungsprozess gehandelt, verteidigte Falk Schnabel Ministerin Barbara Steffens. Sie habe deshalb Akteneinsicht ablehnen müssen.

Das Verfahren wird nun in Gang gesetzt, das Einvernehmen der Stadt in dessen Ver-

lauf abgefragt.

„Und wenn der Rat nicht zustimmt?“, auf die Frage von Heinrich Wiengarten (SPD) gab es eine klare Antwort: Dann lässt die Bezirksregierung die Verweigerung rechtlich prüfen.

Hörstel (einer der fünf Forensik-Standorte) hat die Zustimmung verweigert, aber Landesbeauftragter Uwe Dönisch-Seidel macht keine große Hoffnungen. „Wir haben noch kein Verfahren verloren.“

Elisabeth Schrief